

Umsatzrückgang bei Versand-Riese Otto, Billigung unterschiedlich hoher Nachtzuschläge, Wachstum von 0,9 Prozent für 2023 in EU erwartet

Umsatzrückgang bei Versand-Riese Otto

Bei der Hamburger Otto Group stehen nach den hervorragenden Geschäftsjahren während der Corona-Pandemie die Zeichen trotz weitgehend stabilem Online-Umsatz auf Krise. Der Hintergrund: Die gestiegenen Kosten für Rohstoffe, Energie und für die Logistik. Hinzu kämen die zahlreichen Rabattschlachten der vergangenen Monate besonders in den Bereichen Mode und Möbel. Um das aufzufangen, werde der Konzern im nächsten Geschäftsjahr, das am 01. März 2023 beginnt, noch stärker auf die Kosten achten und strategisch notwendige Investitionen zwar nicht aufgeben, allerdings würden sie an der einen oder anderen Stelle gestreckt. Auch ein Arbeitsplatzabbau sei nicht auszuschließen. Mehr dazu [hier](#). ([Manager Magazin](#))

Bundesarbeitsgericht billigt unterschiedlich hohe Nachtzuschläge

Es ist erwiesen: Nachtarbeit ist gesundheitsschädlich. Um die Belastung für den Körper auszugleichen, gibt es Freizeit – und zusätzliches Geld. Diese Zuschläge dürfen nach einem aktuellen Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichts auch unterschiedlich hoch sein. Hintergrund ist ein seit Jahren schwelender Streit um die Zuschläge in der deutschen Getränke- und Lebensmittelindustrie. Mehr dazu [hier](#). ([Spiegel Online](#))

Wachstum von 0,9 Prozent für 2023 in EU erwartet

In diesem Winter entgehen sowohl die Euro-Zone als auch die gesamte EU voraussichtlich der zunächst befürchteten Rezession. Die Wirtschaft in der Euro-Zone sei im vierten Quartal 2022 doch nicht geschrumpft und für 2023 werde nun ein etwas höheres Wachstum von 0,9 Prozent erwartet, erklärte die EU-Kommission am Montag (20.02.2023). Zugleich dürfte die Inflation in der Euro-Zone mit 5,6 Prozent etwas geringer ausfallen als zunächst gedacht. Die EU-Kommission hebt ihre Erwartungen im Vergleich zum Herbst 2022 um 0,5 beziehungsweise 0,6 Prozentpunkte an. Die erwartete Wachstumsrate für 2024 bleibt mit 1,6 Prozent für die EU und 1,5 Prozent für den Euro-Raum unverändert. ([Der Tagesspiegel](#))